Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Bundesamt für Migration
Stabsbereich Recht
Quellenweg 6
3003 Bern

27. August 2012

Teilrevision des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) betreffend die Finanzierung von Administrativhaftplätzen, die Sanktionen gegen Transportunternehmen („Carrier Sanctions“) und das Passagier-Informationssystem (API-System)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom Juli dieses Jahres hat uns Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga zur Stellungnahme zur eingangs erwähnten Teilrevision des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer eingeladen. Wir danken für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung, beschlägt die Angelegenheit doch eine Aufgabe, die regelmässig auf der politischen Agenda aller Ebenen erscheint, nämlich der Vollzug von zwangsweisen Ausschaffungen.

Allgemeine Bemerkungen

Mit den vorgeschlagenen Massnahmen hinsichtlich Sanktionen gegen Transportunternehmen („Carrier Sanctions“) und hinsichtlich Passagier-Informationssystem (API-System) sind wir ohne Einschränkungen einverstanden.

Ausschaffungshaft

Zum Bereich der Ausschaffungshaft sind einige kritische Bemerkungen anzubringen. Im Einzelnen ist folgendes zu sagen:

zum Erläuternden Bericht, 1.2.2 Im Bereich der Administrativhaftplatzfinanzierung

Das Fehlen von Haftplätzen ist nicht mittel- und langfristig ein Problem, sondern hochaktuell. Das Manko von Haftplätzen ist Dauerthema und bestätigt sich in der täglichen Zusammenarbeit mit anderen Kantonen. Das Fehlen der Plätze ist als problematisch einzustufen, weil damit der Vollzug des Rechts und damit die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates in Frage gestellt wird.

zum Erläuternden Bericht, 3.1 Auswirkungen auf den Bund

Aus Sicht des Kantons Solothurn stimmt die Aussage des Bundes, dass - sofern zusätzliche Haftplätze generiert werden können - die Kantone vermehrt und zu einem früheren Zeitpunkt die

Ausschaffungs- und Durchsetzungshaft anordnen werden, nicht. Die zusätzlichen Haftplätze dienen nicht etwa einer zukünftigen Vorgehensweise, sondern sollen das heutige Problem der fehlenden Plätze lösen. Für eine generell frühere Anordnung von fremdenpolizeilichen Massnahmen würde die genannte Anzahl Haftplätze (250 Haftplätze) wahrscheinlich bei weitem nicht ausreichen. Wir halten die diesbezüglichen Feststellungen im Bericht für unzutreffend, und laden Sie ein, diese zu entfernen.

Zum Erläuternden Bericht, 3.2 Auswirkungen auf die Kantone

Es werden die zusätzlichen Kosten für das Betreuungspersonal und den Betrieb der Hafteinrichtungen, nicht aber die Aufwendungen der Migrationsbehörde, thematisiert. Die Migrationsbehörden sind Prozessherr der Ausschaffung, und damit das Herz des gesamten Vorganges. Um die zusätzlichen Haftplätze zu bewirtschaften, sind deshalb auch die zuständigen Migrationsbehörden zwingend auf mehr Personal angewiesen.

Zum Art. 82 Abs. a AuG

Art. 82 Abs. 1 AuG lautet neu gemäss Entwurf:

„Der Bund kann den Bau und die Einrichtung kantonaler Haftanstalten, die ausschliesslich dem Vollzug der Vorbereitungs-, Ausschaffungs- und Durchsetzungshaft sowie der kurzfristigen Festhaltung dienen und die eine bestimmte Grösse aufweisen, teilweise finanzieren.“

Mit der Einschränkung der Bundesbeiträge auf eine bestimmte Grösse einer kantonalen Haftanstalt und dem Ausschliesslichkeitskriterium sind wir nicht einverstanden. Die Finanzierungsbeteiligung durch den Bund ist nicht nur auf möglichst grosse Anstalten zu beschränken. In den Erläuterungen ist die Rede von einer Mindestgrösse von 50 bzw. 100 Haftplätzen. Der Entscheid über die Anstaltsgrösse ist den Kantonen zu überlassen. Der vorgeschlagene Weg, Planung, Erstellung und Betrieb von grossen subventionierten Haftanstalten in Konkordatsform kantonsübergreifend anzugehen, ist zeitaufwändig, und wird sich nicht einfach umsetzen lassen. Wir treffen diese Feststellung mit Blick auf die heftigen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Suche nach Standorten für Asylunterkünfte. Zudem beteiligt sich der Bund lediglich mit einer - notabene nicht kostendeckenden - Tagespauschale von 140 Franken pro Ausschaffungshafttag, weshalb es das ureigene Interesse der Kantone ist, kostengünstige und effiziente Lösungen zu realisieren. Grössenbeschränkungen braucht es deshalb schlicht nicht. Eine Beschränkung auf ausschliessliche Ausländerhaftvollzugsanstalten ist nicht sinnvoll, wird die Ausschaffungshaft heute (mit wenigen Ausnahmen) grundsätzlich in Anstalten vollzogen, die auch dem Vollzug anderer Strafen und Massnahmen dienen. Würde auf das Kriterium der Ausschliesslichkeit abgestellt, stellt sich die Frage, für welche Anstalten überhaupt eine Bundessubventionierung zu Anwendung gelangt.

Die Abgeltung der Tagespauschale für Administrativhaftplätze betrachten wir als ungenügend. Der heutige Bruttoaufwand in der Ausschaffungsanstalt des Kantons beläuft sich - mit steigender Tendenz - auf rund 250 Franken je Aufenthaltstag (betriebswirtschaftliche Vollkostenrechnung). Wenn der Bund die Meinung vertritt, dass die Administrativhaft baulich eine Mischform zwischen einem Gefängnis und einer geschlossenen Vollzugsanstalt sein soll, hat dies auch Auswirkungen auf den Betriebsaufwand. Der Bruttobetriebsaufwand im geschlossenen Strafvollzug betrug in den Konkordats-Institutionen durchschnittlich rund 400 Franken je Aufenthaltstag. Wenn unter Berücksichtigung der Mischform die Aufwände der beiden Haftformen gemittelt werden, ergibt dies neu einen Aufwand von 325 Franken pro Aufenthaltstag $(250 + 400 : 2)$. Bei Festlegung der Abgeltung ist der Kostenwahrheit Rechnung zu tragen. Von den heutigen Kosten von 250 Franken pro Aufenthaltstag übernimmt der Bund 140 Franken oder 56%. Wenn die Kosten eines Aufenthaltstages neu auf 325 Franken geschätzt werden, beträgt der Bundesanteil bei unverändertem Verteilschlüssel von 56% 182 Franken pro Platz und Tag. Die Festlegung der neuen Pauschale hat sich an dieser Betrachtungsweise zu orientieren.

Wir laden Sie ein, unsere Überlegungen bei der weiteren Behandlung des Geschäftes angemessen zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Peter Gomm
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber